Leitantrag

Mitgliederversammlung am 22.10.2022

Initiator_nnen: Erweiterter Vorstand (dort beschlossen am: 10.10.2022)

Titel: **Entschlossen gegen Teuerung: Nachhaltige Entlastung, Strukturreformen fu?r die Energiewende**

Antragstext

Die Teuerung in Österreich hat ein 50-Jahre-Hoch erreicht. Die Gründe dafür sind nicht nur eine expansive Geldpolitik und die hohe „koste es, was es wolle“-Neuverschuldung für immer höhere Staatsausgaben. Die Hauptursache für die aktuelle Teuerung ist aber in erster Linie eine: Vladimir Putin.

Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine hat Russlands Diktator nicht nur einen Krieg in Europa gestartet. Er hat auch aus Rohstoffexporten, vor allem aus russischem Gas, eine wirtschaftliche Waffe gemacht. Diese setzt er gezielt gegen die demokratische Welt ein, um einen Stopp der Unterstützung der Ukraine zu erzwingen. Davon ist Österreich nicht ausgenommen.

Wir dürfen uns von Putins Angriff nicht spalten lassen. Bereits beim ersten Angriff auf die Ukraine 2014 hat Putin die Reaktion der demokratischen Welt ausgetestet. Ihre Schwäche hat ihn zu einem erneuten Militärschlag verleitet. Wenn Putin wieder gewinnt, ist die nächste Aggression vorprogrammiert. Wir können unseren Frieden und unseren Wohlstand nur verteidigen, wenn Putin verliert. Daher sind die Opfer, die auch wir heute für die Sanktionen bringen müssen, auch Investitionen in eine friedliche, regelbasierte Zukunft.

Eine Folge des Einsatzes wirtschaftlicher Waffen Putins ist, dass Gas zu knapper

Ware geworden ist. Das heißt ganz klar: Wir müssen so schnell wie möglich unabhängig von russischem Gas werden.

Dafür darf der Staat nicht ausschließlich auf oft ineffiziente und nicht treffsichere Gutscheinlösungen zurückgreifen, die durch Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanziert werden, sondern soll den Bürgerinnen und Bürgern erst gar nicht so viel aus der Tasche ziehen. Der Staat soll Maßnahmen ergreifen, die auf die durch die Energiekosten überproportional gestiegene importierte Inflation dämpfend wirken, um die Gefahr einer lang anhaltenden Lohn-Preis-Spirale abzuwehren.

Der Krieg in der Ukraine führt bereits jetzt zu einer enormen Diversifizierung von russischem Gas und von fossilen Energiequellen, wo es möglich ist. Die Aufgabe der Regierung und der Europäischen Union ist es, diese Umstellung bestmöglich zu begleiten.

Wir haben Zuversicht, dass diese schmerzvolle Krise dazu genutzt werden kann, längst überfällige Strukturreformen - wie die Energiewende - rasch voranzutreiben.

Wir sehen dabei folgende Schwerpunkte:

Treffsicher unterstützen:

- Um die Auswirkungen der Teuerung abzufangen, müssen **einkommensschwache Haushalte rasch, gezielt und treffsicher unterstützt werden**. Für diese Gruppe wird es zunehmend schwieriger, die finanziellen Mehrbelastungen durch die Preissteigerungen bei notwendigen Gütern zu stemmen.

- Der **breite Mittelstand muss durch eine Steuersenkung mehr Kaufkraft haben**, um sich von der eigenen Leistung auch mehr leisten zu können – dafür braucht es die **rückwirkende, vollständige und nachhaltige Abschaffung der Kalten Progression**.

- Weiters müssen **Lohnnebenkosten dringend gesenkt werden**, um Spielraum für die Tarif- und Lohnverhandlungen im Herbst zu schaffen, um Nettolöhne zu erhöhen und um die **Kostenbelastung der Unternehmen zu reduzieren und dadurch die Preisspirale zu dämpfen.** Damit es zu keinen Leistungskürzungen kommt, kann durch Kompensationszahlungen aus dem Bundesbudget gegengesteuert werden.

Der Staat als Begleiter beim Umstieg und als Vorbild:

- Der **Staat und die Politik müssen unterstützen und mit gutem Beispiel voran gehen** und wo es möglich ist auf **Energiesparen** setzen: In öffentlichen Gebäuden sollte es möglich sein, die Temperatur auf maximal 19 Grad zu senken, überall, wo es umsetzbar ist. Dort, wo das nicht machbar ist, müssen rasch Wege gefunden werden, um diese Möglichkeit zu schaffen, zum Beispiel durch Investitionen in den Einsatz von erneuerbaren Energien im öffentlichen Gebäudebestand.

- Es ist auch die Aufgabe des **Staates und staatlicher Behörden** ausreichend darüber **zu informieren**, wie man den **Verbrauch** am besten **eindämmt**, um die **Umsetzung von Energiesparmaßnahmen zu erleichtern**. Die Menschen müssen über all ihre Möglichkeiten Energie zu sparen informiert werden, um anhand ihrer Gewohnheiten die besten Entscheidungen treffen zu können. Insbesondere Energieverbrauchsspitzen, und damit der besonders erhöhte Bedarf an fossilen Brennstoffen, müssen durch Verteilung auf andere Tages- und Nachtzeiten reduziert werden. Der Ausbau von Smart Metering in Österreich spielt hier eine wichtige Rolle.

- Unternehmen und Bürger_innen können mitwirken, indem sie **so viel Energie einsparen wie möglich** und **so schnell wie möglich auf alternative Energie umsteigen. Die Politik ist gefragt, dabei zu unterstützen und die richtigen Anreize zu setzen -** daher sollte von drastischen Eingriffen in Preise abgesehen werden, wenn sie dem Ziel des Energiesparens im Weg stehen.

Deindustrialierung eine Absage erteilen und den Standort Europa langfristig sichern:

- Dort, wo es **keine Alternativen und Einsparmöglichkeiten** gibt - insbesondere in der **Industrie** - bekennen wir uns zu **vorübergehenden Unterstützungen zur Umrüstung** (auch wenn es andere fossile Brennstoffe beinhaltet) und **zur Liquiditätsstärkung in Form von Garantien**. Ein Deindustrialisierung wäre ein unumkehrbarer Schaden für die Volkswirtschaft und muss verhindert werden.

- Wir unterstützen den **europäischen Stromnetzausbau und ein gemeinsames europäisches Vorgehen** bei der Bewältigung der Krise. Insbesondere beim Versuch, Investitionen in erneuerbare Energien zu beschleunigen, beim Vorantreiben der Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas, sowie dabei, eine weltweite Vorreiterrolle bei der Energiewende einzunehmen.

Kurzfristig sollten außerdem die Strom- von den Gaspreisen entkoppelt werden.

- Um einen nachhaltigen Standort in Europa sicherzustellen, soll ein **EU CO2-Grenzausgleichsmechanismus** eingeführt werden. Die Nachhaltigkeit der Europäischen Industrie darf nicht untergraben werden. Daher ist eine solche CO2-Grenzausgleichsabgabe zentral, um eine **ökologisch bedingte Abwanderung der Industrie abzuwenden**. Die **Europäische Industrie** muss auch langfristig **sichergestellt werden**, um auch **mittelständische Zulieferer sowie Arbeitsplätze** zu erhalten.

Energiewende vorantreiben:

- Der Bund muss durch ein **Notinstrument die Bundesländer in die Pflicht nehmen**. Diese müssen binnen eines halben Jahres Flächen für den großflächigen Ausbau erneuerbarer Energien ausweisen und strategische Umweltprüfungen durchführen.

- Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen, die zum Erfolg der Energiewende beitragen wollen, **darf die Bürokratie nicht im Wege stehen**. Wer eine PV-Anlage auf sein Haus oder ein Windrad auf seinen Grund stellen möchte, dem soll das möglichst rasch erlaubt werden. Lokale Stromnetze müssen rasch verbessert werden, um den lokal erzeugten Strom effizient weiterzuleiten.

- Damit das **umgesetzt werden kann** brauchen wir dringend **Fachkräfte**. Dafür muss es einerseits ein **Fast-Track-Verfahren bei der Rot-Weiß-Rot-Karte** für qualifiziertes Personal aus dem Ausland, andererseits aber auch eine **Ausbildungsoffensive** geben.

- Um **Investitionen in Erneuerbare** auch in der Teuerungskrise sicherzustellen, sollen für Unternehmen **Investition in den Ausbau von Erneuerbaren großzügige Absatz- oder Freibeträge** bereitgestellt werden.

Diese Krise können wir schließlich nur gemeinsam als Gesamtgesellschaft bekämpfen. Die Menschen müssen über all ihre Möglichkeiten, Energie zu sparen informiert werden, um anhand ihrer Gewohnheiten die besten Entscheidungen treffen zu können. Welche das sind, wissen Österreicher:innen selbst am besten; der Staat soll sie daher nicht bevormunden, sondern sie dabei unterstützen ihre vorhandenen Optionen bestmöglich zu nutzen. Wir alle sind gefordert gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Wenn uns das gelingt, können wir mit Zuversicht nach vorne blicken und die notwendige Transformation schaffen.